

Clarissa Rudolph und Katja Schmidt (Hg.)

Interessenvertretung und Care. Voraussetzungen, Akteure und Handlungsebenen

ANNETTE HENNINGER

Die überwiegend weiblichen Beschäftigten in der Alten- und Krankenpflege gelten als schwer mobilisierbar für kollektive Interessenvertretung. *Clarissa Rudolph* und *Katja Schmidt* fragen, warum das so ist und wie die Pflegenden ihre Arbeitsbedingungen wahrnehmen. Ausgangspunkt ist die Diagnose einer Care-Krise: In der Pflege klaffen schwindende Ressourcen und steigender Bedarf auseinander, was zu anhaltend niedrigen Löhnen sowie zur Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und Pflegequalität führt. Der Band beleuchtet die wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen für die Pflege (Teil 1), Arbeitspolitik und kollektive Interessenvertretungen (Teil 2), die Verortung von Care-Tätigkeiten in Migrations- und Geschlechterregimes (Teil 3) sowie kollektives Handeln durch Gewerkschaften, Berufsverbände und zivilgesellschaftliche Initiativen (Teil 4).

In Teil 1 erinnert *Alexandra Scheele* daran, dass die Vergeschlechtlichung von Care-Arbeit auf die Industrialisierung zurückgeht. Sie sieht aktuell eine Zuspitzung des Widerspruchs zwischen kapitalistischer Profitmaximierung und den Anforderungen an Reproduktion. *Annette Meussling-Sentpal* zeichnet die Feminisierung bezahlter Pflege nach: Mit der Industrialisierung wanderten die zunächst dafür eingesetzten unqualifizierten Arbeitskräfte in die Fabriken ab. Zielgruppe der neuen schulischen Ausbildungen wurden nun ledige Frauen auch aus dem Bürgertum. *Diana Auth* führt aus, wie wohlfahrtsstaatliche Reformen mit der Folge von Vermarktlichung, zunehmenden ökonomischen Anreizen, Individualisierung sowie Privatisierung von Risiken zum Erstarken privater Anbieter sowie zu Unterfinanzierung und schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflege beitrugen. *Clarissa Rudolph* und *Katja Schmidt* präsentieren Befunde aus Interviews mit Pflegekräften und verbandlichen Expert*innen. Die Beschäftigten befinden sich im Zwiespalt zwischen arbeitsinhaltenlichen Ansprüchen und der Verantwortung gegenüber den Pflegebedürftigen. Angesichts mangelnder Informationen über Arbeitsrechte und kollektive Organisation suchen sie im Team und mit Vorgesetzten nach Lösungen. Viele sähen sich in ihren berufsspezifischen Ansprüchen eher von Berufsverbänden als von den Gewerkschaften vertreten.

In Teil 2 weist *Rudolph* auf die angesichts des kirchlichen Arbeitsrechts nochmals schwierigeren Bedingungen der Interessenorganisation bei kirchlichen Trägern hin. *Judith Holland* konstatiert in ihrer Analyse des gewerkschaftlichen Umgangs mit Geschlechter(un-)gleichheit ein Nebeneinander von Klassen- und Geschlechterpolitik, das es im Sinne intersektionaler Perspektiven zu überwinden gelte: Die von ihr befragten Gewerkschaftssekretär*innen sehen Geschlechtergleichheit als gegeben

an. Tarifpolitik werde als Klassenpolitik meist unabhängig von Geschlechterfragen verhandelt. Dagegen betonen die befragten Frauensekretärinnen geschlechtsspezifische Unterschiede. Geschlechterpolitik beschränke sich dabei oft auf Vereinbarkeitspolitik. *Wolfgang Schroeder* argumentiert auf Basis einer Telefonbefragung von 749 Pflegekräften, dass die Mehrheit der Befragten durchaus mobilisierbar sei, wenn die Gewerkschaften ihre Ansprache intensivierten und auf betrieblicher Ebene stärkere Präsenz zeigten.

In Teil 3 analysiert *Hildegard Theobald* die Verschränkung wohlfahrtsstaatlicher Politiken mit regimespezifischen Professionalisierungspfaden, die sich mit nationalen Migrationsregimen zu länderspezifischen Mustern der Hierarchisierung von Pflegekräften entlang von Geschlecht, Klasse und Ethnizität verdichten. *Aranka Vanessa Benazha* und *Helma Lutz* betonen in ihrer Analyse von Care-Migration in der 24-Stunden-Pflege das Zusammenwirken von Pflege-, Migrations- und Geschlechterregimes auf der gesellschaftlichen Makroebene, von Doing Gender und Doing Ethnicity auf der Mikroebene sowie auf der Meso-Ebene transnationaler Netzwerke und Vermittlungsagenturen. Letztere gäben Live-in-Arrangements einen Anstrich von Legitimität, ohne aber die rechtliche Situation und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. *Christiane Bomert* nimmt die Unterstützungsstrukturen für Live-in-Pflegekräfte unter die Lupe. Nur wenige der von ihr befragten Expert*innen sahen es als ihre Aufgabe an, Care-Migrantinnen bei der (Selbst-)Organisierung zu unterstützen, sondern betonten vielmehr die Hürden für ein solches Unterfangen. *Bomert* fordert als ersten Schritt mehr Transparenz über Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie deren verstärkte Vernetzung. *Eva Kocher* zufolge ist der rechtliche Schutz für Hausangestellte in Deutschland nach wie vor unzureichend. Sie regt u.a. eine bessere Aufklärung der Beschäftigten, einen Rechtshilfefonds sowie ein Verbandsklagerecht an, um die Chancen zur Rechtsdurchsetzung zu verbessern.

In Teil 4 eruiert *Nausikaa Schirilla* auf Basis von Interviews mit Live-in-Pflegekräften Unterstützungsbedarfe für diese Zielgruppe. Als besonders belastend empfanden die Befragten das Gefühl, von den Angehörigen in schwierigen Situationen, etwa mit Sterbenden, alleingelassen zu werden. Ihre Unterstützungswünsche beziehen sich vor allem auf die Regulierung von Arbeits- und Freizeit; gefordert wurden aber auch Treffpunkte bei sozialen Trägern mit Beratungsmöglichkeiten. *Matthias Neumann* und *Gabriele Winker* vom Netzwerk Care Revolution analysieren unter Rückgriff auf die Kritische Psychologie Sorge und solidarisches Handeln als grundlegende menschliche Bedürfnisse. Sie fordern eine Demokratisierung und solidarische Organisation unterschiedlicher Interessen im Care-Bereich auf lokaler Ebene. Als Beispiel wird der Care-Rat in Freiburg vorgestellt. *Schmidt* sieht in neuen Mobilisierungsformen eine vielversprechende interessenpolitische Alternative: Zivilgesellschaftlich-feministische Initiativen wie das Netzwerk Care Revolution oder das Bündnis zum Frauen*streiktag formulierten politische Alternativen zur Care-Krise. Die Gewerkschaften setzten in Arbeitskämpfen zunehmend auf eine Mobilisierung der Beschäftigten über ihren Berufsethos, die Politisierung der Rahmenbedingungen

für die Pflege und auf gesellschaftliche Bündnisse; berufspolitische Initiativen sprächen über die sozialen Medien und kreative Protestaktionen zudem eine jüngere Generation an.

Der Band bietet einen multiperspektivischen und interdisziplinären Überblick über die Situation in der Alten- und Krankenpflege und eignet sich gut für Lehrveranstaltungen zu diesem Thema. Die Einbettung der Analyse von Arbeitsverhältnissen und Interessenvertretung in die (wohlfahrts-)staatlichen Rahmenbedingungen ist sehr gelungen. Wer eine systematische Analyse von hemmenden und begünstigenden Faktoren für kollektive Interessenvertretung erwartet, wird hingegen eher enttäuscht: Hier stehen teilweise disparate Befunde nebeneinander, etwa zur Einschätzung der Unterstützungsbedarfe für Live-Ins durch die Beschäftigten selbst und durch existierende Beratungsstellen, zur Ansprechbarkeit von Pflegekräften durch die Gewerkschaften oder zu den Chancen neuer Mobilisierungsformen. Zu den Erfolgsbedingungen solcher Versuche kollektiver Interessenvertretung besteht also weiterer Forschungsbedarf.

Clarissa Rudolph, Katja Schmidt (Hg.), 2019: *Interessenvertretung und Care. Voraussetzungen, Akteure und Handlungsebenen*. Münster: Westfälisches Dampfboot. 266 S., ISBN 978-3-89691-270-1.

Jana Günther

Fragile Solidaritäten. Klasse und Geschlecht in der britischen und deutschen Frauenbewegung

SCOUT BURGHARDT

„Fragile Solidaritäten“ ist eine Mehrebenenanalyse der frühen Frauenbewegung in Deutschland und Großbritannien im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Ziel der Arbeit ist es, diese Bewegung mit den Werkzeugen der Bewegungs- und der Geschlechterforschung vergleichend zu analysieren. Dafür wählt *Jana Günther* einen interdisziplinären Ansatz aus Geschichts-, Sozial- und Geschlechterwissenschaften. Die Arbeit fokussiert auf je zwei Bewegungsorganisationen bzw. -verbände aus beiden Staaten. Für den britischen Kontext wählt die Autorin die National Union of Women's Suffrage Societies (NUWSS) und die Women's Social and Political Union (WSPU), für Deutschland den Bund deutscher Frauenvereine (BdF) sowie die proletarische Frauenbewegung. Damit bilden jeweils eine liberale/bürgerliche und eine sozialistische/proletarische Organisation pro Land die Grundlage für die Analyse. Für jede der vier Organisationen hat die Autorin sechs Jahrgänge der jeweiligen Bewegungszeitschriften im Zeitraum 1908 bis 1914 gesichtet und ausgewertet: